

## Verordnung

Über die Vorausverwendung von Malz in den Bierbrauereien.  
Vom 8. September 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

Artikel I. Die Bierbrauereien dürfen im September 1916 zur Herstellung von Bier außer der für das dritte Kalendervierteljahr 1916 festgesetzten Malzmenge im voraus bis zu einem Drittel der Malzmenge verwenden, die ihnen nach § 1 der Verordnung, betreffend Einschränkung der Malzverwendung in den Bierbrauereien, vom 15. Februar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 97) in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Verabfolgung der Malz- und Gerstenkontingente vom 31. Januar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 77) im vierten Kalendervierteljahr 1916 zusteht.

Artikel II. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 8. September 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Seiffertich.

## Bekanntmachung

Über Ausdehnung der Verordnung, betreffend die Einfuhr von Futtermitteln, Hilfsstoffen und Kunstdünger, vom 28. Januar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 67) und der dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen vom 31. Januar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 71).

Vom 11. September 1916.

Auf Grund des § 4 der Verordnung, betreffend die Einfuhr von Futtermitteln, Hilfsstoffen und Kunstdünger, vom 28. Januar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 67) bestimme ich:

Die Bestimmungen der Verordnung, betreffend die Einfuhr von Futtermitteln, Hilfsstoffen und Kunstdünger, vom 28. Januar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 67) und die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen vom 31. Januar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 71) werden ausgedehnt auf:

getrocknete Garnelen (Krabben),  
Garnelenschrot,  
Seesterne,  
Seesterfischrot,  
Muschelchrot.

Die Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung, die Ausdehnung der Strafbestimmungen mit dem 16. September 1916 in Kraft.

Berlin, den 11. September 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Seiffertich.

## Bekanntmachung.

Auf Grund des § 2 der Kaiserlichen Verordnung vom 31. Juli 1914, betreffend das Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Rohstoffen, die bei der Herstellung und dem Betriebe von Gegenständen des Kriegsbedarfes zur Verwendung gelangen, bringe ich nachstehendes zur öffentlichen Kenntnis:

In der Bekanntmachung vom 22. August 1916 (Reichsanzeiger Nummer 198) erhält der Abschnitt II folgende Fassung:

II. Die Bekanntmachung vom 27. April 1916 (Reichsanzeiger Nummer 99), betreffend die Aus- und Durchfuhr von Waren des fünften Abschnitts des Zolltarifs, wird folgendermaßen geändert:

1. In der Freiliste der Ziffer II, Unterabschnitt A ist der hinter der Nummer 401 eingeklammerte Satz zu streichen; hinter Nummer 405a bis d und 408 ist die Klammer einzuschalten „Kartuschbeutelzug (Pulvertuch), Ausbrenn- (Aeg-) Stoff dieser Nummer sind verboten.“

2. In der Freiliste der Ziffer II, Unterabschnitt A und C sind neu aufzunehmen: bunte Jacquard-Wäscheborten, Grätenstiche und Warmer Bögen aus Baumwolle auch mit künstlicher Seide.

3. In der Ziffer II, Unterabschnitt H sind unter die aus- und durchfuhrfrei gelassenen Waren aufzunehmen:

- a) genähte Gegenstände der Nummer 518 bis 520 aus solchen Stoffen, welche nach Ziffer II dem Aus- und Durchfuhrverbot unter Ziffer I nicht unterliegen,
- b) Baumwollen der Nummer 519g aus unlichten Geweben, desgleichen Perltafchen, Perl- (Lampen usw.) Franzen aus Glasperlen und Baumwolle.

4. Die Ziffer VII ist zu streichen.

Berlin, den 8. September 1916.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: Müller.

## Bekanntmachung

Über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strichwaren für die bürgerliche Bevölkerung. Vom 9. September 1916.

Auf Grund des § 19 der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strichwaren für die bürgerliche Bevölkerung vom 10. Juni 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 463) bringe ich folgendes zur öffentlichen Kenntnis:

In das Verzeichnis der Gegenstände nach der Bekanntmachung vom 10. Juni 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 463), auf welche die Vorschriften der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strichwaren für die bürgerliche Bevölkerung vom 10. Juni 1916 mit Ausnahme des § 7, § 8 Abs. 6, der §§ 10, 14, 15 und 20 keine Anwendung finden, sind aufzunehmen:

36. Spielwaren aus Web-, Wirk- und Strichwaren, soweit die dazu erforderlichen Stoffe bereits am 2. September 1916 zugeschnitten waren.

Berlin, den 9. September 1916.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: Freiherr von Stein.

## Bekanntmachung

Über die Preise für Teichfische. Vom 9. September 1916.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats vom 1. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 347) in Verbindung mit § 1 der Bekanntmachung über die Errichtung eines Kriegsernährungsamts vom 22. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 402) wird bestimmt:

I. Auf den Absatz von Karpfen und Schleien aus inländischen Teichwirtschaften, deren Wasserfläche drei Hektar nicht überschreitet, sowie von Karpfen und Schleien aus inländischen Wildgewässern finden die auf Grund der Verordnung des Bundesrats über die Regelung der Fischpreise vom 1. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 347) festgesetzten Höchstpreise keine Anwendung, sofern der Absatz mit Genehmigung der Kriegsgesellschaft für Teichfischverwertung m. b. H. in Berlin erfolgt.

II. Diese Bestimmung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 9. September 1916.

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes,  
von Batocki.

## Bekanntmachung.

Auf Grund der Verordnung vom 5. August 1916 geben wir hierdurch bekannt, daß der Handel mit Obstwein aller Art bis auf weiteres, also auch bis über den 15. September hinaus, freigegeben worden ist.

Berlin SS. 68, den 11. September 1916.

Kriegsgesellschaft für Weinobst-Einkauf und Verteilung G. m. b. H.  
Härtel.

## Bekanntmachung.

Auf Anweisung des Bevollmächtigten des Reichskanzlers (§ 6 der Verordnung vom 5. August 1916 über die Verarbeitung von Gemüse) vom heutigen Tage wird bestimmt:

Der Absatz von Gemüsekonserven und Fabrikbohnen durch Hersteller und Händler ist bis auf weiteres verboten.

Braunschw. den 9. September 1916.

Gemüsekonserven-Kriegsgesellschaft mit beschränkter Haftung.  
Dr. Kanter.

Betr.: Nachprüfung der Erntevorschätzung im Jahre 1916.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großbürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Bezugnehmend auf die Bekanntmachung Großh. Ministeriums des Innern obigen Betreffs vom 8. September ds. Js. (Kreisblatt Nr. 113 Seite 3 und 4) teilen wir Ihnen folgendes mit:

Die für die Erhebung notwendigen Bordrucke nach Muster I, II und III der Bundesratsverordnung vom 27. August ds. Js. (Reichs-Gesetzbl. S. 975) werden wir Ihnen in den nächsten Tagen zuwenden. Vor der Abgabe werden von uns die Bordrucke für jede einzelne Gemeinde derart vorbereitet, daß in der dritten Spalte des Musters III der bei der Erntevorschätzung geschätzte Ertrag eingezeichnet wird. Die Ausfüllung der letzten Spalten des Musters II ist Ihnen dadurch möglich, da Ihnen die Fragebogen mit den Angaben über die Pflanzenerträge der Getreidearten bei Gelegenheit der Erntevorschätzung in der Zeit vom 20. September bis 5. Oktober ds. Js. vorliegen. Die ausgefüllten Bordrucke sind spätestens am 9. Oktober an uns einzulenden.

Gießen, den 18. September 1916.

Großherzogliches Preisamt Gießen.

Dr. Unger.

# Bekanntmachung

Nr. Bst. I. 100/9. 16. R. R. A.,

betreffend

## Bestandsaufnahme für Schmiermittel.

Vom 22. September 1916.

Nachstehende Bekanntmachung wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht mit dem Bemerken, daß, soweit nicht nach allgemeinem Strafrecht höhere Strafen verurteilt sind, jede Zuwiderhandlung nach § 5 der Bekanntmachung über Vorratserhebungen vom 2. Februar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 54), vom 3. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 549) und vom 21. Oktober 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 684) bestraft wird. Auch kann die Schließung des Betriebes gemäß der Bekanntmachung zur Zurückhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel (Reichs-Gesetzbl. 1915 S. 603) angeordnet werden.

§ 1.

### Von der Bekanntmachung betroffene Gegenstände.

Von dieser Bekanntmachung werden betroffen:

1. Alle Mineralöle und Mineralölzeugnisse, die als Schmieröl oder als Spindelöl für sich allein oder in Mischungen verwendet werden können, und zwar werden sie sowohl für sich allein als auch in Mischungen betroffen.  
Insbesondere sind somit auch betroffen: alle im vorübergehenden Absatz bezeichneten Öle, die zum Schmieren von Maschinenteilen, zu Hartungs- oder Kühlzwecken, oder bei der Herstellung von Textilien, bei der Herstellung oder Erhaltung von Leder, zur Herstellung von Starrschmier (konsistenten Fetten), von wasserlöslichen Ölen (Bohröl usw.), von Baseline, von Rührmitteln (auch Schmiercreme) gebraucht werden können.
2. Alle Mineralölrückstände (Goudron, Pech), die zu Schmierzwecken verwendet werden können, oder aus denen Schmieröle oder Schmiermittel gewonnen werden können.
3. Alle der Steinkohle, der Braunkohle und dem bituminösen Schiefer entstammenden Öle, die zu Schmierzwecken verwendet werden können.
4. Alle Starrschmier (konsistente Fette).
5. Laternenöle (Mineralmischöle).

§ 2.

### Von der Bekanntmachung betroffene Personen.

Von dieser Bekanntmachung werden betroffen alle natürlichen oder juristischen Personen, gewerbliche oder wirtschaftliche Unternehmer, Kommunen, öffentlich-rechtliche Körperschaften oder Verbände, die meldepflichtige Gegenstände (§ 1) in Gewahrsam haben, oder bei denen sich solche unter Aufsicht befinden. Vorräte, die sich am Stichtag unterwegs befinden, sind nach ihrem Austritt vom Empfänger zu melden.

§ 3.

### Meldepflicht und Stichtag.

Die im § 1 bezeichneten Gegenstände sind von den im § 2 bezeichneten Personen oder Betrieben zu melden.

Die erste Meldung ist für die bei Beginn des 22. September 1916 (Stichtag) vorhandenen Vorräte bis zum 12. Oktober 1916 zu erstatten. Die zweite Meldung ist für die bei Beginn des 1. November 1916 (Stichtag) vorhandenen Vorräte bis zum 10. November 1916, die folgenden Meldungen für die mit Beginn eines jeden folgenden Monats (Stichtag) vorhandenen Vorräte bis zum 10. Tage des betreffenden Monats zu erstatten.

\*) Wer vorsätzlich die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt oder unrichtig oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft; auch können Vorräte, die verschwiegen sind, im Urteil für dem Staate verfallen erklärt werden. Ebenso wird bestraft, wer vorsätzlich die vorgeschriebenen Lagerbücher einrichten oder zu führen unterläßt. Wer fahrlässig die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt oder unrichtig oder unvollständige Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark oder im Unvermögensfalle mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft. Ebenso wird bestraft, wer fahrlässig die vorgeschriebenen Lagerbücher einrichten oder zu führen unterläßt.

Anmerkung. Verwiesen wird auf die Bekanntmachung Nr. Bst. I 1854/8. 16. R. R. A., betreffend Beschlagnahme von Schmiermitteln, vom 7. September 1916, veröffentlicht im Deutschen Reichs- und Staatsanzeiger Nr. 211 sowie in den Staatsanzeigern von Bayern, Sachsen und Württemberg vom 7. September 1916.

Abdrucke von der Beschlagnahme-Verordnung können von den königlichen stellvertretenden Generalkommandos und von der Bordruckverwaltung der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums, Berlin SW 48, Verlagsbuchhandlung, 9/10, angefordert werden.

§ 4.

### Meldepflicht.

Auskunftsberechtigt ist das zuständige Kriegsministerium. Die Meldung hat auf den amtlichen Meldepflichten zu erfolgen, die von der

Kriegsschmieröl G. m. b. H., Abteilung für Beschlagnahme, Berlin W. 8, Kanonierstr. 29/30, unverzüglich anzufordern sind. Die Anforderung hat auf einer Postkarte zu erfolgen, die mit deutlicher Unterschrift und genauer Adresse versehen ist. Die Meldepflichten sind sorgfältig ausgefüllt und vorzulegen an die Kriegsschmieröl G. m. b. H., Abteilung für Beschlagnahme, in Berlin W. 8, Kanonierstr. 29/30, einzusenden. Der Briefumschlag ist mit dem Vermerk „Betrifft Bestandsaufnahme“ zu versehen und darf außer dem Meldepflichten keinen weiteren Inhalt haben.

Die Meldepflichten dürfen zu anderer Mitteilung als den auf ihnen geforderten nicht benutzt werden. Von der erstatteten Meldung ist eine Abschrift (Zurückschick) zurückzubehalten und aufzubewahren.

§ 5.

### Ausnahmen.

Sofern die Gesamtmenge der von der Bekanntmachung betroffenen Gegenstände (§ 1) bei einer der von der Verordnung betroffenen Personen (§ 2) am dem betreffenden Stichtag (§ 3) geringer ist als 500 kg (Mindestmenge) aller von der Bekanntmachung betroffenen Gegenstände (§ 1) insgesamt, besteht eine Pflicht zur Meldung nicht.

Verringern sich die Bestände eines Meldepflichtigen nachträglich unter die im vorübergehenden Absatz angegebene Mindestmenge, so ist die Meldung für den folgenden Stichtag trotzdem zu erstatten, darf aber, sofern nicht durch die Kriegsschmieröl G. m. b. H. eine besondere Aufforderung zur Meldung ergeht, danach so lange unterbleiben, bis die Bestände wieder die Mindestmenge erreicht oder überschritten haben.

§ 6.

### Lagerbuch, Auskunftspflicht.

Jeder Meldepflichtige (§ 2) hat ein Lagerbuch zu führen, aus dem jede Veränderung in den Vorratsmengen und ihre Verwendung ersichtlich sein muß. Soweit der Meldepflichtige bereits ein derartiges Lagerbuch führt, braucht ein besonderes Lagerbuch nicht eingerichtet zu werden.

Beauftragten Beamten der Militär- oder Polizeibehörden ist die Prüfung des Lagerbuches sowie die Besichtigung der Räume zu gestatten, in denen meldepflichtige Gegenstände zu verorten sind.

§ 7.

### Anfragen und Anträge.

Anfragen und Anträge, die die Meldepflicht nach die Meldungen betreffen, sind an die Kriegsschmieröl G. m. b. H., Abteilung für Beschlagnahme, Berlin W. 8, Kanonierstr. 29/30, zu richten. Der Kopf der Aufschrift ist mit den Worten „Betrifft Meldepflicht von Schmiermitteln“ zu versehen.

§ 8.

### Inkrafttreten.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem 22. September 1916 in Kraft.

Frankfurt (Main), den 22. September 1916.

Stellv. Generalkommando des 18. Armee-Korps.

### Bekanntmachung.

Betr.: Bestandsaufnahme für Schmiermittel.

An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Indem wir auf die Bekanntmachung des stellvertretenden Generalkommandos des 18. Armee-Korps von heute verweisen, beauftragen wir Sie, folgendes alsbald ortsüblich zu veröffentlichen:

„Das stellvertretende Generalkommando des 18. Armee-Korps hat unterm 22. September ds. Jrs. eine Bekanntmachung betreffend: Bestandsaufnahme für Schmiermittel erlassen. Diese Bekanntmachung enthält Bestimmungen über von der Bekanntmachung betroffene Gegenstände, von der Bekanntmachung betroffene Personen, Meldepflicht und Stichtag, Meldepflicht, Ausnahmen, Lagerbuch, Auskunftspflicht, Anfragen und Anträge sowie Inkrafttreten. Diese Bekanntmachung ist im Gießener Anzeiger abgedruckt und kann auf unserer Amtsstube eingesehen werden.“

Der Gießener Anzeiger, der obige Bekanntmachung enthält, ist von Ihnen auf Wunsch den Interessenten vorzulegen, letzteren auf etwaige Fragen eingehende Auskunft zu geben.

Gießen, den 22. September 1916.

Großherzoglicher Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Betr.: Die fünfte Kriegsanleihe.

An die Schulvorstände des Kreises.

Sie wollen die Vorstände von Sparkassen darauf aufmerksam machen, daß die für Schülerzeichnungen benötigten Blöcke bei Hr. Ministerium des Innern einzufordern sind.

Gießen, den 15. September 1916.

Großherzogliche Kreisschulkommission Gießen.

Dr. Usinger.

**Bekanntmachung**

Aber Höchstpreise für Gerstengraupen (Kollgerste) und Gerstengröße.  
Vom 9. September 1916.

Auf Grund der Verordnung über Kriegsmassnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (Reichs-Gesetzblatt S. 401) und des § 1 der Bekanntmachung über die Errichtung eines Kriegsernährungsamts vom 22. Mai 1916 (Reichs-Gesetzblatt S. 402) wird verordnet:

§ 1. Der Preis für Gerstengraupen (Kollgerste) und Gerstengröße darf bei der Veräußerung durch den Erzeuger, vorbehaltlich der Bestimmung im § 2, neunundvierzig Mark 20 Pfennig für hundert Kilogramm brutto nicht übersteigen. Die Lieferung zu diesem Preise hat frachtfrei Eisenbahnstation des Empfängers einschließlich Sack zu erfolgen.

§ 2. Gerstengraupen (Kollgerste) und Gerstengröße dürfen im Kleinverkauf zu keinem höheren Preise als zu 30 Pfennig das Pfund verkauft werden. Als Kleinverkauf gilt der Verkauf an den Verbraucher in Mengen von zehn Pfund und weniger.

Bei allen übrigen Verkäufen muß, vorbehaltlich der Vorschrift im § 1, der Preis unter dem Kleinverkaufspreise bleiben.

§ 3. Die Kommunalverbände und Gemeinden können für Verkäufe, die bis zum 30. September 1916 stattfinden, Ausnahmen von den Kleinverkaufspreisen für die Mengen von Gerstengraupen (Kollgerste) und Gerstengröße zulassen, die nachweislich vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung zu einem höheren als dem im § 1 festgesetzten Preise erworben sind.

§ 4. Mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

1. wer den in den §§ 1, 2 bestimmten oder einen auf Grund des § 3 zugelassenen Preis überschreitet;
2. wer einen anderen zum Abschluß eines Vertrags auffordert, durch den der Preis (Nr. 1) überschritten wird, oder sich zu einem solchen Vertrag erbietet.

Neben der Strafe können die Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, eingezogen werden.

§ 5. Die Landeszentralbehörden bestimmen, wer als Kommunalverband und Gemeinde anzusehen ist. Sie können anordnen, daß die Zulassung von Ausnahmen nach § 3 anstatt durch die Kommunalverbände und die Gemeinden durch deren Vorstand erfolgt.

§ 6. Der Reichskanzler kann Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen.

§ 7. Diese Verordnung tritt am 15. September 1916 in Kraft.  
Berlin, den 9. September 1916.

Der Präsident des Kriegsernährungsamts  
A. B.: Edler von Braun.

**Bekanntmachung**

Aber Höchstpreise für Gerstengraupen (Kollgerste) und Gerstengröße.  
Vom 16. September 1916.

Auf Grund von § 5 der Verordnung des Präsidenten des Kriegsernährungsamts über Höchstpreise für Gerstengraupen (Kollgerste) und Gerstengröße vom 9. September 1916 (Reichs-Gesetzblatt S. 1010 und 1011) wird das Nachstehende bestimmt:

- § 1. Im Sinne der Verordnung ist anzusehen:
- a) als Kommunalverband der Kreis,
  - b) als Gemeinde jeder im Sinne von Artikel 1 der Städte- und Landgemeindeordnung gebildete Verband,
  - c) als Vorstand des Kommunalverbandes der Gr. Kreistat,
  - d) als Vorstand der Gemeinde in Landgemeinden die Gr. Bürgermeister, in Städten der Bürgermeister oder Oberbürgermeister.

§ 2. Die Zulassung von Ausnahmen nach § 3 der Verordnung vom 9. September 1915 erfolgt anstatt durch die Kommunalverbände und Gemeinden durch deren Vorstand.

Darmstadt, den 16. September 1916.  
Großherzogliches Ministerium des Innern.  
v. Somborak.

**Bekanntmachung**

Betr.: Walnüsse.

Auf Grund der Bekanntmachung Großh. Ministeriums des Innern über die Walnüsse vom 14. September 1916 ist von der Landesfeststelle in Darmstadt die Firma Heinrich Keller Sohn in Darmstadt als diejenige Stelle bestellt worden, bei welcher die beschlagnahmten Walnüsse aus der Provinz Oberhessen abzuliefern sind! Von dieser Firma werden Verkäufer bestimmt, welche mit von der Landesfeststelle beglaubigten Ausweisarten versehen sind. Nur an diese Verkäufer dürfen Nüsse abgegeben werden. Alle Anfragen sind ausschließlich an die genannte Firma, nicht an Großh. Ministerium des Innern oder die Landesfeststelle zu richten.

Hinsichtlich der Behandlung und der Ablieferung der Nüsse sowie des festgesetzten Preises wird auf die genannte Bekanntmachung ausdrücklich hingewiesen (abgedruckt im Wiesener Anzeiger vom 19. ds. Mts., 2. Blatt).

Wiesbaden, den 20. September 1916.

Großherzogliches Kreisamt Wiesbaden  
Dr. Usinger.

**Bekanntmachung**

Betr.: Beschlagnahme von Obst.

Nach Verfügung Großh. Ministeriums des Innern von heute ist die Versteigerung der Beschlagnahmen, im Staats-, Kreis- und Gemeindebesitz befindlichen Wirtschaftsäpfel und Zwetschen angeordnet.

Die genannten Obstsorten müssen vielmehr nach der Abertung pfleglich behandelt und der Landesobststelle (Geschäftsabteilung) zu Darmstadt, angeboten werden.

Wiesbaden, den 21. September 1916.

Großherzogliches Kreisamt.  
Dr. Usinger.

**An den Oberbürgermeister zu Wiesbaden und die Großh. Bürgermeister der Landgemeinden des Kreises.**

Indem wir Sie auf den Inhalt der vorstehenden Bekanntmachung, soweit im Gemeindebesitz stehendes und davon betroffenes Obst in Betracht kommt, hiermit hinweisen, bemerken wir für Erläuterung folgendes:

**I. Wirtschaftsäpfel.**

1. Als solche dürfen die unter Gruppe 5 der Veröffentlichung der Landesobststelle (abgedruckt im Kreisblatt Nr. 110 vom 7. September 1. Jz.) aufgeführten Sorten, nämlich:

Jakob Lebel, Rambour-Pappelau, Derrnappel, Grüner Fürstenappel, Schanase und Großer Rheinischer Bohnappel,

anzusehen sein, sowie alle sonstigen Apfelsorten, die weniger gut im Geschmack sind und nach dem landläufigen Begriff nicht als Roheäpfel, sondern nur zum Kochen oder sonstwie Verwendung finden.

2. Versteigerungen von Wirtschaftsäpfeln, die beim Erscheinen der vorstehenden Bekanntmachung noch nicht stattgefunden haben, müssen abgesetzt werden.

Mit dem Obst ist Ihrerseits, entsprechend dem in der Bekanntmachung hierüber Angeordneten, zu verfahren.

**II. Zwetschen.**

Eine weitere Versteigerung von Zwetschen darf nach der in der obigen Bekanntmachung erwähnten Ministerialverfügung grundsätzlich nicht mehr erfolgen. Es muß daher in denjenigen Gemeinden, in denen für den Fall der Nichtversteigerung der Zwetschen deren Verderb zu befürchten steht, der zuständigen Bürgermeister überlassen bleiben, sich auf schnellstem Wege unmittelbar an die Landesobststelle (Geschäftsabteilung) Darmstadt zu wenden und deren Entscheidung darüber einzuholen, was mit der Zwetschenente geschehen soll.

**III. Die Durchführung des Kelterverbotes ist von Ihnen zu überwachen.**

Die gleiche Verpflichtung wird hiermit der Großh. Gendarmerie auferlegt.  
Wiesbaden, den 21. September 1916.

Großherzogliches Kreisamt.  
Dr. Usinger.

Betr.: Beschlagnahme von Obst.

**An den Oberbürgermeister zu Wiesbaden sowie an die Großh. Bürgermeister der Landgemeinden des Kreises.**

Auf Anordnung der Landesobststelle von heute dürfen die der Beschlagnahme unterliegenden Wirtschaftsäpfel, Falläpfel, Kelteräpfel und Zwetschen nur von den von der Landesobststelle zugelassenen Verkäufern auf gekauft werden.

Auf Anordnung der gleichen Stelle von heute wird hiermit bis auf weiteres die Ausstellung von Bezugsscheinen für die beschlagnahmten Obstsorten durch die hierzu von der Landesobststelle ermächtigten Bürgermeister unterbunden.

Wir beauftragen Sie, sich hiernach zu bemessen.

Wiesbaden, den 21. September 1916.

Großherzogliches Kreisamt.  
Dr. Usinger.

Betr.: Verkehr mit Obst; hier Obstversteigerungen.

**An den Oberbürgermeister zu Wiesbaden und die Großh. Bürgermeister der Landgemeinden des Kreises.**

Wir haben erfahren, daß Landwirte neuerdings den Ertrag ihrer Obstbäume versteigern, um dadurch höhere Preise zu erzielen als bei dem Verkauf des Obstes an die von der Landesobststelle für das Großherzogtum Hessen bevollmächtigten Verkäufer.

Wir weisen darauf hin, daß alle Obstversteigerungen — auch solche von Privaten — rechtzeitig vorher der Landesobststelle zu Darmstadt anzuzeigen sind, daß alle Versteigerungen nur nach den hierunter folgenden, von der Landesobststelle erlassenen Bestimmungen erfolgen dürfen, und daß endlich die Landesobststelle berechtigt ist, die Versteigerungsergebnisse einzufordern, um dieselben nachprüfen zu können.

Wir beauftragen Sie, dies alsbald auf ortsübliche Weise bekanntzugeben und alle in Ihrer Gemeinde erfolgenden Obstversteigerungen — auch solche von Privatbesitzern — daraufhin überwachen zu lassen, daß die nachstehenden Bestimmungen der Landesobststelle eingehalten werden.

Die nach Absatz 3 der Bestimmungen erforderlichen Bezugscheine sind, sofern Sie nicht bereits im Besitz derselben sind, unmittelbar bei der Landesobststelle in Darmstadt anzufordern.  
Gießen, den 21. September 1916.  
Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
Dr. Usinger.

### Landesobststelle für das Großherzogtum Hessen.

Darmstadt, den 19. September 1916.

### Bestimmungen

Betr.: Obstversteigerungen.

Aufzunehmen in die Versteigerungsbestimmungen der betr. Versteigerer.

1. Die Lose sind nicht größer zu bilden, als eine Familie als Selbstverbraucher im Durchschnitt im Laufe des Winters an Obst selbst verbrauchen kann (2—8 Zentner).

2. Händler sind nur dann zugelassen, wenn sie im Auftrage der Landesobststelle oder des zuständigen Oberaufsehrers dieser Stelle für die Landesobststelle steigern sollen.

3. Die Verbraucher sind rechtzeitig vor der Versteigerung darauf aufmerksam zu machen, daß sie nur dann Obst steigern dürfen, wenn sie im Besitz eines — von ihrer Bürgermeisterei ausstellenden — Bezugscheines sind.

4. Wo der Versteigerer der Käufer infolge ungenügender Beteiligung von Interessenten glaubt, das Obst nicht preiswert abzusetzen, ist die Landesobststelle, rechtzeitige Mitteilung vorausgesetzt, bereit, ihre Verkäufer zu beauftragen, das Obst zu seinem Schätzwert zu übernehmen. Hierbei muß Grundlag sein, daß der Kaufpreis so weit unter den geltenden Marktpreisen bleibt, als Aufwendungen nötig sind, um das Obst zu ernten und zu sortieren.

5. Allgemein nach Grundlag sein, daß die Steigerer sich nicht gegenseitig über den Marktpreis treiben dürfen.

6. Demnach ist es auch Deuten, die Obst kelteren wollen, verboten, sich an der Versteigerung zwecks Beschaffung von Kelterobst zu beteiligen.

### Bekanntmachung.

Betr.: Rundgang der Feldgeschworenen.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeister der Landgemeinden des Kreises.

Wir empfehlen, Anordnung zu treffen, daß der nach § 20 der Anweisung für die Feldgeschworenen vorgeschriebene Rundgang in den Monaten September und Oktober d. J. zur Ausführung kommt. Wegen des zu beobachtenden Verfahrens verweisen wir auf unser Ausschreiben vom 6. September 1910, Kreisblatt Nr. 68.

Ihren Berichten über den Vollzug sehen wir bis 15. November d. J. entgegen.

Gießen, den 19. September 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

### Bekanntmachung.

Betr.: Verleht mit Süßstoff (Saccharin).

Diejenigen Verbraucher, welche auf Grund der Bekanntmachung über den Verleht mit Süßstoff angemeldet haben, daß sie Süßstoff zu erhalten wünschen, können die auf sie entfallenden Karten nunmehr bei uns (Kriegsverorgungsamt, Abteilung Süßstoff) entgegennehmen. Die Süßstoffkarte ist alsdann sofort derjenigen Süßstoffabgabestelle vorzulegen, von der der Verbraucher regelmäßig seinen Süßstoff beziehen will. Diese Vorlage dient als Anmeldung und der Verbraucher erhält alsdann nur bei dieser Stelle den auf ihn entfallenden Süßstoff. Die Abgabe von Süßstoff erfolgt erst einige Tage nach der Anmeldung, und es wird von uns bekannt gegeben werden, von welchem Tage an dies möglich ist und für welche Abschnitte Süßstoff entnommen werden kann.

Diejenigen Verbraucher, die sich bisher nicht für den Bezug von Süßstoff angemeldet haben, können dies noch nachträglich tun. Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß der Bezug von Süßstoff mit der Zuteilung von Zucker in keiner Verbindung steht. Wer Süßstoff bezieht, erhält die gleiche Menge Zucker wie bisher; eine Kürzung der Zuckerration bei den Einzelnen findet nicht statt.

Gießen, den 19. September 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. V. Langermann.

### Bekanntmachung.

Betr.: Gesuche um Zurückstellung vom Heeresdienst.

Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß Gesuche um Zurückstellung vom Heeresdienst rechtzeitig bei dem Unterzeichneten eingereicht werden müssen.

Den Gesuchen, die nach Zustellung des Gefestigungsbefehls eingereicht werden, kann künftig nicht mehr stattgegeben werden.

Gießen, den 16. September 1916.

Der Zivilvorsitzende der Ersatzkommission des Kreises Gießen.

J. B. Hemmerde.

### Bekanntmachung.

Betr.: Feldbereinigung in der Gemarkung Quedborn; hier Drainagekosten.

In der Zeit vom 6. bis einschließlich 13. Oktober l. J. liegen werfags auf Großh. Bürgermeisterei Quedborn die beiden Ausschläge der Zinsen für Drainagekosten zur Einsicht der Beteiligten offen.

Einwendungen hiergegen sind bei Meldung des Ausschusses innerhalb der oben angegebenen Offenlegungsfrist bei Großh. Bürgermeisterei Quedborn schriftlich und mit Gründen versehen einzureichen.

Friedberg, den 17. September 1916.

Der Großherzogliche Feldbereinigungskommissär:

Schnittspahn, Regierungsrat.

### Bekanntmachung.

Betr.: Rechtsmittel gegen die Gemeindesteuerveranlagung für 1916.

Auf Grund der Artikel 46 und 50 des Gemeindehaushalts-Gesetzes vom 8. Juli 1911 hat Großh. Ministerium der Finanzen, Abteilung für Steuernwesen, die Frist, innerhalb deren Rechtsmittel gegen die Gemeindesteuerveranlagung für 1916 bei der ersten Instanz anhängig gemacht werden können, für die unten bezeichneten Gemeinden bis zu dem dort angegebenen Tag einschließlich erstreckt.

Ausgenommen von der Fristerstreckung sind diejenigen Rechtsmittel, die das für die staatliche Veranlagung bereits rechtskräftig festgestellte Einkommen zum Gegenstand haben.

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Gießen, den 21. September 1916.

Großherzogliches Finanzamt Gießen.

J. B. Berres.

6801D

### Letzter Tag der Frist:

Sachsen 1. Oktober. — Annerod 2. Oktober. — Abach, Burghardsfelden, Vollar, Mainlar, Staufenberg 3. Oktober. — Grünungen und Treis 4. Oktober. — Garbentich 5. Oktober. — Großen-Linden, Hattershausen, Steinbach und Trohe 8. Oktober. — Klein-Linden 9. Oktober. — Allendorf a. d. Lahn, Leihgestern und Oppertod 10. Oktober. — Alten-Büsch und Heuchelheim 11. Oktober. — Daubringen, Wagenborn-Steinberg und Oberheuberg 12. Oktober. — Lang-Göns, Rödgen und Wiesed 13. Oktober.

### Dienstnachrichten des Großh. Kreisamts Gießen.

Warnung vor gesundheitsgefährlichem spanischem Feuerwerk.

Es ist wiederholt beobachtet worden, daß spanisches Feuerwerk (Radaupläschen, Teufelskräder u. dergl.) in der Bündmasse gelben Phosphor enthält. Bei einem zehnjährigen Knaben, der zwei Radaupläschen zum Lutschen in den Mund genommen und dann verzehrt hatte, trat Hebelkeit, Erbrechen und schließlich der Tod ein. Gelber Phosphor ist ein hartes Gift. Es wird daher dringend davor gewarnt, derartiges Feuerwerk Kindern zugänglich zu machen.

### Monatl. Uebersicht der Todesfälle in der Stadt Gießen.

Monat August 1916.

Einwohnerzahl: angenommen zu 33 100 (inkl. 1800 Mann Militär).

Sterblichkeitsziffer: 21,75 ‰.

Nach Abzug von 33 Ortsfremden: 9,79 ‰.

Es starben an	Zahl	Erwachsene	im 1. Lebensjahr	Kinder vom 2. bis 15. Jahr
Angeborener Lebensschwäche	5 (3)	—	5 (3)	—
Altersschwäche	7	7	—	—
Rechtshusten	1	—	—	1
anderen Brandkrankheiten	1 (1)	—	1 (1)	—
Lungentuberkulose	2	2	—	—
Tuberkulose anderer Organe	2 (2)	1 (1)	—	1 (1)
Lungenentzündung	5 (2)	3 (2)	2	—
Krankheiten der Atmungsorgane	2 (1)	2 (1)	—	—
Krankheiten der Kreislauforgane	2 (1)	2 (1)	—	—
Gehirnschlag	1	1	—	—
anderen Krankheiten des Nervensystems	7 (6)	6 (5)	—	1 (1)
anderen Krankheiten der Verdauungsorgane	5 (5)	4 (4)	—	1 (1)
Krankheiten der Harnorgane	3 (1)	3 (1)	—	—
Krebs	7 (2)	7 (2)	—	—
anderen Neubildungen	1 (1)	1 (1)	—	—
Selbstmord	2 (1)	2 (1)	—	—
Verunglückung	3 (3)	2 (2)	—	1 (1)
anderen benannten Todesursachen	4 (4)	4 (4)	—	—
Summa:	60 (33)	47 (25)	8 (4)	5 (4)

Anm.: Die in Klammern gesetzten Ziffern geben an, wie viel der Todesfälle in der betreffenden Krankheit auf von auswärts nach Gießen gebrachte Kranke kommen.

Veröffentlichung des Großh. Kreisgesundheitsamts Gießen.

Dr. Walger, Med.-Rat.